

Wahlprüfsteine der Union Deutscher Jazzmusiker
zur Bundestagswahl 2017

(Kurzfassung – gekürzte Antworten)

Die Jazzmusikerinnen und Jazzmusiker in Deutschland blicken gespannt auf die Bundestagswahl 2017. Zuletzt haben die Ergebnisse der *Jazzstudie 2016* dringenden Handlungsbedarf zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der MusikerInnen in Deutschland aufgezeigt. Entsprechend groß sind die Erwartungen an die Parteien, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen und Deutschland als Kulturstandort zukunftsfähig zu machen.

Im August 2017 hat die Union Deutscher Jazzmusiker den zur Bundestagswahl antretenden Parteien CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und FDP acht Fragen übersandt.

Eine Langfassung mit den vollständigen Antworten der Parteien sowie eine Matrix-Darstellung finden Sie auf unserer Website unter <http://www.u-d-j.de/wahlprufsteine-2017/>.

Im Folgenden finden Sie die Antworten der Parteien in gekürzter Form.

1. Bedeutung von Jazz und improvisierter Musik

Welche Bedeutung haben für ihre Partei Jazz und improvisierte Musik? Welchen künstlerischen und gesellschaftlichen Stellenwert nimmt Jazz im Vergleich zu anderen Künsten ein?

Antworten der Parteien (tlw. gekürzt):



„Für CDU und CSU ist der Jazz ein äußerst vielfältiges und anspruchsvolles Genre – sowohl für die Musiker als auch die Zuhörer. Das macht den Jazz zu einem **wichtigen Bestandteil unserer Kulturlandschaft.**“



„Für die SPD ist Jazz und improvisierte Musik ein **wichtiger Bestandteil von und Kunst und Kultur.** (...)“



„Wir setzen uns **in allen Kunstformen für größtmögliche Vielfalt**“ (...) und (...) „kulturelle Bildungsangebote - gerade auch für Kinder und Jugendliche - ein, in welchen die lange und turbulente Geschichte des Jazz vermittelt wird.“



„Jazz und improvisierte Musik sind ein wichtiger Teil der deutschen Musik- und Kulturlandschaft. (...) Bei aller Anerkennung liegt es uns Freien Demokraten jedoch fern, künstlerischen Ausdrücken eine Wertigkeit zuzuschreiben – wir setzen uns hingegen für **alle Formen kulturellen und künstlerischen Ausdrucks** ein.“



„DIE LINKE steht für einen breiten Kulturbegriff, der alle künstlerischen Ausdruckformen einschließt – zu dieser Vielfalt gehört auch der Jazz und die improvisierte Musik. (...) Wir wollen die **Vielfalt des kulturellen Lebens** und allen Menschen die Teilhabe an Kultur und Partizipation ermöglichen.“

2. Lebens- und Arbeitsbedingungen von JazzmusikerInnen

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zur nachhaltigen Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Jazzmusikerinnen und -musikern in Deutschland?

Antworten der Parteien (tlw. gekürzt):



Siehe Frage 3



Siehe Frage 4



„(...) Wir wollen den Zugang zu **Fördergeldern** erleichtern, **Gelder für Interessenvertretung** und Vernetzungsaktivitäten von Berufsverbänden zur Verfügung stellen und die **freiwillige Arbeitslosenversicherung** für Selbstständige weiter öffnen. Und vor allem wollen wir die **Statusfeststellungsverfahren** so verbessern, dass es kein Problem mehr ist, mal angestellt, dann wieder selbstständig tätig zu sein.“



„(...) Wir wollen die etablierten **Instrumente zur sozialen Absicherung** von Künstlerinnen und Künstlern, wie die Künstlersozialkasse, fortlaufend weiterentwickeln und zukunftssicher machen. Mit Blick auf das Arbeitslosengeld I wollen wir prüfen, wie die soziale **Sicherung bei Arbeitslosigkeit** für überwiegend kurzzeitig befristete Beschäftigte, insbesondere auch für Kulturschaffende, verbessert werden kann.“

DIE LINKE.

Antwort zu Frage 2 und 3: „(...) Wir wollen die **Verwendung öffentlicher Gelder an soziale Mindeststandards** und **Gendergerechtigkeit** koppeln. (...) Um einem ruinösen Preiswettbewerb unter Solo-Selbstständigen entgegen zu wirken und um Armut von prekären Selbstständigen zu bekämpfen, wollen wir **branchenspezifische Mindesthonorarregelungen** schaffen, die bundesweit gelten. DIE LINKE fordert u.a. ein durchsetzungsstarkes **Urhebervertragsrecht**. Dies hat DIE LINKE in einem Entschließungsantrag zur Novelle des Urhebervertragsrechts 2016 ausgeführt.“

3. Angemessene Vergütung

Die u.a. vom Bund geförderte Jazzstudie 2016 hat ergeben, dass mehr als zwei Drittel der JazzmusikerInnen in Deutschland aus ihrer musikalischen Tätigkeit ein Jahreseinkommen von nur max. 12.500 € erzielen. Welche Pläne hat Ihre Partei, eine angemessene Vergütung von MusikerInnen – insbesondere bei öffentlich geförderten Veranstaltungen – sicherzustellen? Welche Rolle spielen dabei Mindestgagen, wie sie Musiker gemeinsam mit Veranstaltern fordern?

Antworten der Parteien (tlw. gekürzt):



Die CDU/CSU will die seit Beginn der unionsgeführten Regierung ins Leben gerufenen **Fördermaßnahmen und die entsprechenden Fördermittel für Initiative Musik, Spielstättenprogrammpreis APPLAUS und Musikfonds mindestens verstetigen**. In Auswertung der Jazzstudie 2016 gilt es der CDU/CSU „mit allen Akteuren Wege zu finden, die Bedingungen zu verbessern, Aspekte wie eine **stärkere Professionalisierung** von Live-Auftritten, Förderung von **Netzwerkbildung** und Festlegung von **Mindesthonoraren** fließen dabei mit ein.“



Siehe Frage 4



Bündnis 90/Die Grünen wollen „die schwächere Stellung der Urheberinnen und Urheber sowie der ausübenden Künstlerinnen und Künstler gegenüber ihren Vertragspartnern, den Verwertern und Werkmittlern, verbessern und somit eine höhere Vergütung kreativer Arbeit erreichen.“ (...) „Wir sprechen uns ausdrücklich für **branchenspezifische Mindesthonorare** aus“ (...) und sehen auch den „**öffentlich-rechtlichen Rundfunk in der Pflicht**“.



„Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Arbeit fair entlohnt wird. Dabei setzen wir auf **freie Verhandlungen zwischen Akteuren des Marktes**, (...). **Mindestgagen lehnen wir daher ab.** (...)“



siehe Frage 2

4. Soziale Absicherung

Wie kann eine bessere soziale Absicherung für MusikerInnen, insbesondere im Sinne einer angemessenen Existenzsicherung im Alter erreicht werden?

Antworten der Parteien (gekürzt):



„(...) Wir werden prüfen, wie die soziale Absicherung von Jazzmusikern - über die wirksame **Reform der Künstlersozialversicherung** hinaus – besser gelingen kann. Speziell für die Fragen zur **Altersabsicherung** wollen wir eine Regierungskommission unter Beteiligung der Sozialpartner bilden, um Altersarmut künftig zu vermeiden. (...)“



Antwort Frage 2, 3 und 4: „(...) Bei Bundeskulturförderungen werden wir für **gerechte Vergütungsregeln** sorgen. Der Bund und die Kultureinrichtungen des Bundes müssen dabei mit gutem Beispiel zur fairen Bezahlung von Angestellten und Honorarkräften vorangehen. So müssen sie darauf hinwirken, dass **Tarifverträge** eingehalten, die damit verbundenen Anpassungen der Zuwendungen für öffentlich geförderte Institutionen und Projekte bei Tarifsteigerungen erfolgen sowie **soziale Mindeststandards** und die **Zahlung von Mindesthonoraren** bei der Fördermittelvergabe selbstverständlich sein sollten. (...) Wir machen uns für Mindesthonorare für Kulturschaffende, Ausstellungshonorare sowie eine **erhöhte Förderungsdauer** im Sinne einer besseren Planbarkeit stark. Nachvollziehbare und auf den branchenüblichen, konkreten Arbeitszeitaufwand bezogene **Honorarempfehlungen der Berufs- und Fachverbände** bzw. Gewerkschaften sollen dazu perspektivisch herangezogen werden; die Erstellung von solchen Empfehlungen und die damit eventuell verbundene **Qualifizierung der Berufs- und Fachverbände** bzw. Gewerkschaften wollen wir unterstützen. (...) Deshalb wollen wir Solo-Selbstständige möglichst umfassend in die verschiedenen Zweige der **gesetzlichen Sozialversicherung** einbinden. (...) Die solidarische Finanzierung der Künstlersozialkasse durch die Kulturschaffenden, die Verwerter und durch den Staat ist für die SPD **nicht verhandelbar**.



„(...) Wir wollen die gesetzliche Rentenversicherung zu einer **Bürgerversicherung** weiterentwickeln, in die alle einzahlen. (...) Unsere grüne **Garantierente** sieht vor, dass Versicherte, die mindestens 30 Jahre in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt haben – wobei Zeiten der Arbeitslosigkeit oder für Kindererziehung einbezogen werden sollen -, einen **Anspruch auf eine gesetzliche Rente** haben sollen, die **oberhalb des Grundsicherungsniveaus** liegt. (...)“



„(...) Wir Freie Demokraten sind der Meinung, dass jeder Mensch sich seine **Altersvorsorge flexibel** zusammenstellen sollte, damit sie zum individuellen Lebensweg passt. Allerdings muss sie so ausgelegt sein, dass im Alter niemand unter die Armutsgrenze fällt. Aus diesem Grund sollen auch Selbstständige künftig über eine **Basisabsicherung** für das Alter vorsorgen. (...) Für Selbstständige wollen wir zudem durch Positiv-Kriterien Rechtssicherheit schaffen, indem das Vorliegen eines einzelnen oder einer Kombination von mehreren Kriterien eine **Selbstständigkeit** sichergestellt nachweisbar macht.“

DIE LINKE.

„(...) Die **Künstlersozialkasse** muss erhalten und ausgeweitet werden. Wir wollen **neu entstandene Tätigkeitsfelder einbeziehen** und den **Bundeszuschuss erhöhen**. (...) Auch Selbstständige haben ein Anrecht auf Ausgleichszahlungen im **Krankheitsfall, Kinderkrankengeld und bei Mutterschutz**. (...) DIE LINKE will eine Solidarische **Gesundheits- und Pflegeversicherung für alle** – auch für Selbstständige. Das bedeutet, dass in einem ersten Schritt alle Selbstständigen in der **gesetzlichen Krankenversicherung** und der **sozialen Pflegeversicherung pflichtversichert** werden. (...) DIE LINKE will die gesetzliche **Rentenversicherung** zu einer **Erwerbstätigenversicherung** für alle Erwerbstätigen – auch für Selbstständige – ausbauen. (...) Wir wollen geringe Rentenansprüche durch eine verbesserte Rente nach Mindestentgeltpunkten aufwerten sowie eine einkommens- und vermögensgeprüfte **Solidarische Mindestrente** von 1 050 Euro netto einführen.“

5. Öffentliche Förderung

Wie bewerten Sie die aktuelle Situation der Bundesförderung für Jazz und improvisierte Musik? Wie können bestehende Förderinstrumente verbessert und spezifische fehlende Instrumente geschaffen werden?

Antworten der Parteien (gekürzt):



„CDU und CSU sind überzeugt, dass der Jazz eine **spezifische Förderung** braucht. Diese bietet die Bundesregierung bereits mit der „**Jazzstudie 2016**“, mit der „**Initiative Musik**“ und mit dem neuen **Musikfonds**, in dem der nicht-kommerzielle Jazz bewusst als Genre zeitgenössischer Musik verstanden wird. Die noch recht junge **Initiative Musik** ist eine echte Erfolgsgeschichte, die wir weiter fortschreiben wollen.“



„(...) Die SPD unterstützt auch eine **Verstetigung der Mittel der Initiative Musik**. (...) Zudem haben wir uns in der vergangenen Legislaturperiode sehr stark für eine Verbesserung der Bundesförderung für Jazz und improvisierte Musik eingesetzt und nachhaltige Erfolge verzeichnen können. So konnte mit der **Schaffung des Musikfonds** zur Förderung zeitgenössischer Musik, der mit 1,1 Millionen Euro aufgelegt wurde, eine Förderlücke geschlossen werden. (...) Die SPD unterstützt ebenso Instrumente wie die Durchführung einer **Jazzstudie**. (...)“



„Der **Musikfonds**, der auf Anregung der Staatsministerin für Kultur und Medien gegründet wurde, geht sicherlich in die **richtige Richtung** – ist aber nur ein **Tropfen auf den heißen Stein**. (...) Was neue Instrumente betrifft, wollen wir, dass die **Beratung** für Künstlerinnen und Künstler, kleine Labels und Veranstalter verbessert und ausgebaut wird, (...)“



„Die **Kulturhoheit liegt bei den Ländern**. Bei diesen liegt dementsprechend die vorderste Verantwortung, die Vielfalt des musikalischen Lebens in unserem Land zu fördern und zu unterstützen. Durch die **Berliner Festspiele und dem dort verorteten Jazzfest** wird diese Form der Musik auch durch den Bund prominent gefördert. Der 2016 durch den Bund gegründete Musikfonds e.V. mit einem Etat von 1,1 Mio. Euro steht auch dem nicht-kommerziellen Jazz offen. Die **Initiative Musik** fördert Jazzmusiker direkt. Weitere Unterstützungsmöglichkeiten bestehen durch die **Kulturstiftung des Bundes**. Eventuell vorhandene **Förderlücken wollen wir ermitteln**.“

DIE LINKE.

„(...) Wir wollen die **Kulturförderfonds** – darunter fällt auch der neu geschaffene Musikfonds - bedarfsgerecht ausstatten und sie als zentrales Instrument der freien Szene stärken.

DIE LINKE tritt zudem dafür ein, die **Förderung der Initiative Musik** nach der Bundestagswahl fortzusetzen und zwar mindestens im bisherigen Umfang. (...) DIE LINKE fordert, bundesweit ausreichend effektiv verwaltete, bezahlbare und an die Bedarfe der Jazz-Musiker*innen angepasste **Probe- und Übungsräume** zu schaffen. (...) DIE LINKE fordert zudem, dass der **öffentlich-rechtliche Rundfunk** seinem Kulturauftrag adäquat gerecht wird (...).“

6. Spielstätten

Welche Pläne verfolgt Ihre Partei zum Ausbau der öffentlichen Förderung von Spielstätten für Jazz und improvisierte Musik? Welche Rolle können bestehende öffentlich geförderte Spielstätten in anderen Bereichen dabei spielen? Soll die Erhöhung des Spielstätten-Programmpreises APPLAUS auf 2 Millionen Euro verstetigt werden?

Antworten der Parteien (gekürzt):



„Für den **„APPLAUS“**, den Programmpreis für unabhängige Spielstätten, stehen seit 2013 je 1 Mio. EUR, im Jahr 2017 2 Mio. EUR zur Verfügung. (...) Außerdem konnte 2016 in 213 Clubs die **Digitalisierung der Aufführungstechnik** gefördert werden (mit 2,5 Mio. EUR). (...)“



„Im Bereich der Spielstätten konnte die SPD in der vergangenen Legislaturperiode viel erreichen: Neben der Verdoppelung der Mittel des Spielstättenprogrammpreises **APPLAUS** auf 2 Mio. Euro, stieg der Etat der **Initiative Musik** (...) u.a. mit 1,5 Mio. Euro für die **Künstler- und Infrastrukturförderung** und 1 Mio. Euro für ein weiteres **Digitalisierungsprogramm für Musikclubs**. (...) Diese Erfolge gilt es fortzusetzen.“



„(...) Die Förderung von Spielstätten liegt vor allem in der **Verantwortung der Kommunen**. Gleichwohl ist der **Spielstätten-Programmpreis** des Bundes ein wichtiges Signal (...). **Seine Verstetigung halten wir deshalb für wünschenswert.**“



„Wir Freie Demokraten verstehen das Engagement des Bundes für Kunst und Kultur als Ergänzung zu den **Verpflichtungen der Länder und Kommunen**. Daher präferieren wir eine **Projektförderung**, wie sie etwa durch die Kulturstiftung des Bundes erfolgt, gegenüber einer unmittelbaren Förderung von Spielstätten. Den **Spielstättenprogrammpreis wollen wir aber fortführen und verstetigen.**“



„Ein bundesweites Netz engagierter Spielstätten ist aber die Grundlage für kulturelle Vermittlung wie auch Lebensgrundlage vieler Künstler. (...) DIE LINKE setzt sich insofern für eine **Verstetigung der Bundesmittel für den Spielstätten-Programmpreis APPLAUS** in Höhe von 2 Millionen Euro ein.“

7. Bildung und Lehre

Welchen Stellenwert misst Ihre Partei der Repräsentanz von Jazz und improvisierter Musik in Lehrplänen allgemeinbildender Schulen bei? Welche Pläne haben Sie zur Reduzierung prekärer Arbeitsverhältnisse in der Lehre an Musikschulen und Hochschulen?

Antworten der Parteien (gekürzt):



„Laut den einschlägigen **Vereinbarungen der Kultusministerkonferenz** sind Kunst und Musik in allen Schularten und Bildungsgängen des allgemeinbildenden Bereichs Pflicht- oder Wahlpflichtfächer. Darüber hinaus treten CDU und CSU dafür ein, dass die **Teilhabe an kulturellen Angeboten** zu einem festen **Bestandteil des schulischen Bildungssystems** wird. Dazu gehören auch Möglichkeiten der direkten **Begegnung mit Künstlerinnen und Künstlern** sowie das **Erlebnis von Proben und Aufführungen**. Dies schließt die zeitgenössische Musik ausdrücklich ein.“



„(...) Wir fordern eine bundesweite Initiative zur **Stärkung künstlerischer Fächer** im Schulunterricht und zur Abwehr von Spar- und Kürzungstendenzen für diesen Bereich. (...) Nicht zuletzt im Ganztags schulbereich muss die **Zusammenarbeit mit Künstlerinnen und Künstlern** intensiviert werden. In dieser Hinsicht ist das von der Bundeskulturstiftung gestartete Programm „Kulturagenten für kreative Schulen“ vorbildlich und muss verstetigt sowie in die Fläche gebracht werden. (...) Die SPD wird die **Grundfinanzierung der Hochschulen** stärken. Die befristeten Mittel der Wissenschafts- und Hochschulpakete werden wir auch nach 2019/20 erhalten und in eine **verlässliche und dauerhafte Finanzierung** überführen. (...) Unser Ziel ist es, **Befristungen deutlich zu verringern, Gleichstellung** in der Wissenschaft zu verankern und **Diskriminierungen entgegenzuwirken**. (...)“



„Wir halten es für wichtig, dass **an Schulen möglichst viele Musikstile vermittelt** werden. Jazz und Improv-Musik sollten dabei selbstverständlich nicht zu kurz kommen. (...) Aus unserer Sicht muss es jedoch für alle Profimusiker und -musikerinnen, die an Schulen oder Hochschulen lehren ohne fest angestellt zu sein, **Honoraruntergrenzen** geben. Der Bund sollte hier eine Vorbildfunktion wahrnehmen und auf alle aus dem Kulturretat geförderten Einrichtungen dahingehend einwirken, dass die dort beschäftigten Künstlerinnen und Künstler nach den aktuellen **Tarifen des öffentlichen Dienstes** entlohnt werden bzw. branchenspezifische Mindesthonorare erhalten. Außerdem muss die **Lohnleichheit** zwischen Männern und Frauen gewährleistet sein.“



„(...) Die allgemeinbildenden Schulen, öffentlichen Musikschulen und die Hochschulen liegen in der **Verantwortung der Länder und Kommunen**. Konkrete Lösungsansätze für die vorgetragenen Probleme werden wir daher auf Ebene der Länder und Kommunen begleiten. (...)“

DIE LINKE.

„(...) Wir wenden uns **gegen einen Rückzug des Staates aus der Kulturfinanzierung, gegen die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen**, gegen strukturelle Unterfinanzierung und Personalabbau, wie er bei den Musikschulen seit Jahren zu beobachten ist. (...) Wir brauchen eine **Konsolidierung und dauerhafte Absicherung der Kultur- und Bildungsstätten**. (...) Schulen brauchen Räume für musikalische Bildung und den **Zugang zu Instrumenten**, die den Schülerinnen und Schülern kostenlos zur Verfügung gestellt werden müssen. (...) Wir wollen **100.000 unbefristete Stellen schaffen bzw. befristete Stellen entfristen**. Das **Sonderbefristungsrecht für wissenschaftliches Personal unterhalb der Professur wollen wir abschaffen**. Eine langfristige qualitativ hochwertige pädagogische Arbeit an den Musikschulen ist nur mit **fest angestellten Lehrkräften** möglich. Der Anteil der Honorarlehrkräfte bzw. der Jahreswochenstunden sollte einen Anteil von **20 Prozent** nicht übersteigen.“

8. House of Jazz

Setzen Sie sich für ein House of Jazz ein, so wie es von Till Brönner und den Jazzverbänden mit ihrem gemeinsamen Konzept gefordert wird?

Antworten der Parteien (gekürzt):



„(...) CDU und CSU setzen sich weiter **für das Projekt** ein und werden dieses in enger Absprache mit den Ländern zu möglichen Standorten weiterverfolgen.“



„Ein House of Jazz wäre ein **wichtiger Schritt**, den Jazzstandort Deutschland international zu bekräftigen. (...) Eine Grundlage ist mit dem gemeinsamen Konzeptpapier geschaffen worden.“



„Nach den Unstimmigkeiten im Vorfeld halten wir das nun vorliegende Kompromisspapier für eine **tragfähige Grundlage für den weiteren Prozess**. (...)“



„(...) Eine Anschubfinanzierung für ein House of Jazz wollen wir prüfen, sehen aber **nicht die Möglichkeit einer dauerhaften Unterstützung** des Vorhabens durch den Bund. (...)“



„DIE LINKE setzt sich **für eine zentrale Spielstätte** für den Jazz in Berlin ein. Das inzwischen vorliegende Kompromisspapier (...) kann dabei eine **tragfähige Grundlage** für den weiteren Prozess darstellen. (...)“